



«Erst die Mitteparteien machten die Rechtspopulisten salonfähig»

Experte über AfD und SVP In Deutschland legt die AfD deutlich zu. Geschichtspräsident Damir Skenderovic sagt, wie ähnlich die Partei der SVP ist – und warum diese als Vorbild für Rechtspopulisten in Europa gilt.



«Die SVP begann schon in den frühen 90er-Jahren, auf die Themen Europa und Migration zu setzen»: Damir Skenderovic. Foto: Sabina Bobst



Marc Brupbacher

In Deutschland zeigt man sich über den hohen Wähleranteil der rechtspopulistischen AfD in Umfragen schockiert, in der Schweiz reagiert man auf die wählerstärkste SVP gelassener. Warum, Herr Skenderovic?

Das hat historische Gründe. Deutschland hat eine andere Erinnerungskultur. Man hat verinnerlicht, was der Nationalsozialismus und seine rassistische Politik angerichtet haben, und reagiert deshalb sehr empfindlich auf den Aufstieg der AfD. Auch in Österreich gab es wochenlange Proteste der Bevölkerung, als die rechte FPÖ Ende der 90er-Jahre erstmals in die Regierung einzog.

Was ist in der Schweiz anders?

In der Schweiz ist das Geschichtsbewusstsein zu diesen Themen weniger ausgeprägt, dabei gab es auch einen helvetischen Faschismus. Jungfreisinnige, Katholisch-Konservative und andere politische Milieus zeigten zudem damals Sympathien für autoritäre Regimes, und der Antisemitismus war vor 80 Jahren auch in der Schweiz verbreitet. Das wird gerne vergessen.

Ist denn die SVP überhaupt mit der AfD vergleichbar?

In der Geschichtswissenschaft sprechen wir von den klassischen Parteifamilien. Es gibt konservative, liberale, kommunistische und sozialdemokratische Gruppen. Seit über 30 Jahren wird nun die Landschaft um die Rechtspopulisten erweitert, die je nach Land ihre Besonderheiten haben. Dazu gehören Parteien wie der Rassemblement National in Frankreich, die FPÖ in Österreich, die Fidesz in Ungarn, die AfD und eben auch die SVP. Definitionskriterien für eine rechts-

populistische Partei sind primär die Anti-Eliten-Rhetorik, eine nationalistische und fremdenfeindliche Haltung und die Ausgrenzung von Minderheiten.

Hat die AfD im Gegensatz zur SVP nicht rechtsextremistische Tendenzen?

Die beiden Parteien haben eine komplett unterschiedliche Geschichte. Die SVP ist aus einer rechtskonservativen Partei hervorgegangen und hat sich in den 90er-Jahren zum Populismus hinbewegt. Sie ist etabliert und seit langem in den politischen Institutionen vertreten. So ähnlich war das auch in Österreich mit der FPÖ, die eine liberale Partei war und sich ab 1986 unter Jörg Haider zu einer rechtspopulistischen Partei wandelte. Die AfD hingegen ist 2013 neu entstanden und kommt aus einem anderen politischen Milieu als die SVP. Die AfD rekrutiert ihr Personal oft aus rechtsextremen Kreisen.

Gibt es bei der Einstellung zum Nationalsozialismus Unterschiede?

Die beiden Länder wurden durch eine unterschiedliche Geschichte geprägt. AfD-Politiker relati-

«Letztlich ist jedoch die Kopie immer schlechter als das Original.»

vieren die Gräuel der Nationalsozialisten immer mal wieder. So was gibt es bei der SVP nicht, für sie ist der Nationalsozialismus kein Thema.

Sie schreiben, die Schweiz

sei Avantgarde für Europas Rechtspopulisten gewesen. Warum?

Als Nationalrat James Schwarzenbach 1970 mit seiner radikalen Überfremdungsinitiative 46 Prozent des Stimmvolkes überzeugen konnte, war man im Ausland perplex, besonders in Deutschland. Wie konnte ein im Kern rassistisches Anliegen kurz nach dem Zweiten Weltkrieg solche Zustimmungswerte erreichen? Die «Frankfurter Allgemeine Zeitung» schrieb damals von «Blut-Boden-Ideen» und «fascistoid». Schwarzenbach vereinigte schon viele Kernmerkmale des heutigen Rechtspopulisten, er verkörperte mit seiner radikalen Elitenkritik und den geschickt genutzten kommunikativen und medialen Mitteln eine der ersten rechtspopulistischen Politfiguren in Europa.

Daran knüpften Christoph Blocher und seine SVP an – und wurden von Rechten im Ausland nachgeahmt?

Die SVP begann schon in den frühen 90er-Jahren, auf die Themen Europa und Migration zu setzen. Viele Plakatmotive der SVP wurden im Laufe der Jahre von den Rechten in Europa übernommen, beispielsweise die Minarette, die zu Raketen werden, oder die Schäfchen der Abstimmungskampagne zur Ausschaffungsinitiative. Ikonografisch wurden rechtspopulistische Kampagnen in Europa immer wieder aus der Schweiz inspiriert. Europas Rechtspopulisten sind zudem fasziniert von der direkten Demokratie, die situative Mehrheiten bei Themen ermöglicht, die sie in ihren eigenen Ländern mangels politischer Mehrheiten nicht erlangen können.



Aber oft gehört die SVP doch bei Abstimmungen im Parlament oder auch beim Volk zu den Verlierern.

Das stimmt, doch die Instrumente der direkten Demokratie ermöglichen eine Themensetzung auch dann, wenn man die Abstimmung verliert. Das Anliegen wird breit diskutiert, die SVP beeinflusst auf diese Weise die Debatten und Deutungen zu bestimmten Themen. So befinden wir uns beispielsweise in der Europafrage in einer Sackgasse, seit Anfang der 90er-Jahre prägt die SVP nachhaltig den Diskurs dazu und hat mit einigen zentralen Argumenten die Deutungshoheit erlangt. In den 90er-Jahren konnte man sich einen EU-Beitritt noch vorstellen, heute ist das weitgehend unmöglich.

Die SVP oder auch die AfD werden manchmal als «Gefahr für die Demokratie» beschrieben. Ist das nicht übertrieben?

Die Demokratien in Europa sind gefestigt, zumindest gefestigter als in den 20er- und 30er-Jahren. Aber es stellt sich die Frage, was heisst Demokratie? Freie Wahlen und freie Meinungsäusserung, das institutionelle System der Demokratie sind wohl nicht bedroht. Aber was ist mit den Menschenrechten, mit dem Schutz

der Schwächsten in der Gesellschaft? Es geht bei der Demokratie nicht nur um das politische System, sondern auch um demokratische Grundwerte.

Warum sind Rechtspopulisten in Europa so erfolgreich?

Der Aufstieg in den letzten Jahren ist nicht zuletzt auf die Mitteparteien zurückzuführen, welche die Rechtspopulisten erst sa-

lonfähig machten. Bis in die 2000er-Jahre verweigerten gemässigte Parteien in Belgien, Frankreich, Dänemark oder Schweden die Kooperation mit den Rechten, gingen keine strategischen Partnerschaften ein. Nach 1945 herrschte in Europa weitgehend ein antifaschistischer Konsens. Der sogenannte Cordon sanitaire hat lange gehalten. Nun ist er zunehmend am Bröckeln; Rechtspopulisten werden in Regierungskoalitionen aufgenommen, man geht Listenverbindungen mit ihnen ein, in den Parlamenten spielen sie das Zünglein an der Waage und ermöglichen Mehrheiten. Sie wurden aus machtpolitischen Gründen legitimiert. Es gibt nicht einmal mehr kontroverse Diskussionen darüber, ob man mit ihnen zusammenarbeiten soll. In der Schweiz gab es diese Debatte übrigens nie. Mit der SVP mit ihrem neuen rechtspopulistischen Kurs nicht

«Die Gesellschaft wird diverser und offener. Aber das ist nicht in Stein gemeisselt, das muss verteidigt werden.»

zusammenzuarbeiten, war nie wirklich eine Option.

Wäre es demokratiepolitisch nicht problematisch, mit einer solch wählerstarken Partei nicht zusammenzuarbeiten?

Es geht darum, sich von Rechtspopulisten klar abzugrenzen. Es geht um die Frage der Zusammenarbeit. Wenn man mit ihnen kooperiert und Allianzen und

Koalitionen eingeht, legitimiert man ihre Anliegen.

In der Schweiz geht die FDP für die Wahlen im Herbst in verschiedenen Kantonen Listenverbindungen mit der SVP ein.

Ja, das tat die FDP in den letzten 30 Jahren immer wieder. Ein weiterer Grund für das Erstarken der Rechtspopulisten ist aber auch, dass fast alle Parteien in Europa Themen bewirtschaften, die bei den Rechten ganz oben auf der Agenda stehen und ihnen so Aufwind geben. Letztlich ist jedoch die Kopie immer schlechter als das Original.

Warum sind Rechtspopulisten in der Schweiz so stark, in einem reichen Land mit wenig sozialen Problemen?

Wie die Forschung zeigt, gibt es keine direkte Kausalität zwischen dem Erstarken des Rechtspopulismus und dem Ausländeranteil, dem Anteil an Muslimen oder der Höhe der Arbeitslosigkeit. Zur Zeit der Schwarzenbach-Initiative herrschte Vollbeschäftigung in der Schweiz. Es geht in der Rhetorik der Populisten darum, drohenden Wohlstandsverlust, Abstiegsszenarien des Mittelstandes und bevorstehende soziale Krisen zu evozieren. Es geht ihnen darum, bestimmte Bilder und Vorstellungen von Muslimen, Jüdinnen oder Geflüchteten zu erzeugen, Stereotype zu verbreiten und Ängste zu schüren. Es ist eine klassische Sündenbock-Politik. Das hat nichts mit den unmittelbaren Alltagserfahrungen der Leute zu tun.

Ein Blick in die Vergangenheit zeigt, dass rechte Parteien der Europa- oder Migrationspolitik zwar ihren Stempel



aufdrücken, der progressive gesellschaftliche Wandel aber dennoch stattfindet.

Aber sie können ihn verzögern. In der Tat findet sozialer Wandel statt. Die Gesellschaft wird diverser und offener. Aber das ist nicht in Stein gemeißelt, das muss verteidigt werden. Es sind durchaus auch in der Schweiz gewisse Backlash-Tendenzen zu beobachten.

Der Populismus-Profi

Damir Skenderovic ist Professor für Zeitgeschichte an der **Universität Freiburg**. Er forscht seit über 20 Jahren zum Thema Rechtspopulismus und Rechtsextremismus. (red)